

Niederschrift

über die Sitzung des Sozialausschusses am Donnerstag, dem 09.10.2014, im

Beginn: 19:06 Uhr
18:30 Uhr

- nichtöffentlicher Teil -
- öffentlicher Teil -

Ende: 19:12Uhr
19:03 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende/r

Frau 1. stv. Bürgermeisterin Erika Hanke

Mitglieder

Herr Ratsherr Heinz Feja
Herr Ratsherr Andreas Jabs
Herr Ratsherr Heiner Looch
Herr Ratsherr Meinrad-Maria Rohde
Frau Ratsfrau Brigitta Rosenow
Herr Ratsherr Harald Schöne
Frau Ratsfrau Tanja Sudbrink

Protokollführer

Frau Darja Seemann

von der Verwaltung

Frau Bürgermeisterin Regina Neuke
Frau Jutta Zander

Zuhörer/in

Frau Ratsfrau Karin Baxmann
Herr Ratsherr Wolfgang Eymael
Herr 2. stv. Bürgermeister Ewald Helmerichs Vertretung für J. O. v. Lübken
Herr Ratsherr Werner Niemeyer
Herr Ratsherr Wolf Rosenhagen
Herr Ratsherr Frank Schwarz

Abwesend:

Mitglieder

Herr Ratsherr Jan Olof von Lübken

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung
- 1.1 a) der ordnungsgemäßen Einladung
- 1.2 b) der Beschlussfähigkeit
- 1.3 c) der Tagesordnung

- 2 Genehmigung der Niederschrift vom 03.07.2014
- 3 Abschlussbericht zum Projekt "AGIL"
Vorlage: FB II/136/2014
- 4 Zwischenbericht / KiTa-Belegung - Sachstandsbericht
- 5 Zwischenbericht Asyl - Sachstandsbericht
- 6 Mitteilungen der Verwaltung, Anfragen und Anregungen von Ratsfrauen und Ratsherren
- 7 Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung

1.1 a) der ordnungsgemäßen Einladung

1.2 b) der Beschlussfähigkeit

1.3 c) der Tagesordnung

Ausschussvorsitzende Hanke eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest. Gegen die Tagesordnung ergaben sich keine Einwendungen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	
Nein:	
Enthaltung:	

2 Genehmigung der Niederschrift vom 03.07.2014

Die Niederschrift wurde einstimmig genehmigt.

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Ja:	
Nein:	
Enthaltung:	

3 Abschlussbericht zum Projekt "AGIL" Vorlage: FB II/136/2014

Frau Zander stellte den Ausschussmitgliedern den Abschlussbericht zum Projekt "AGIL" vor. In mehreren Plenums- und Arbeitsgruppensitzungen wurden Leitbilder, Leitlinien und Konzepte unter Berücksichtigung des demografischen Wandels für die Gemeinde Lemwerder entwickelt. In der Sitzung des Sozialausschusses vom 03.07.2014 hat der Projektleiter Herr Naujoks einen Sachstandsbericht abgegeben und die Ergebnisse aus den Arbeitsgruppen vorgestellt. Der Abschlussbericht der Projektgruppe liegt nunmehr vor. Um die vorgeschlagenen Maßnahmen zu sichern, haben Verwaltung und Politik die Leitbilder und Leitlinien als verbindlich zu erklären. Nach einem Jahr wird der erreichte Status aufgenommen und ggfls. sind die Leitbilder und Leitlinien zu überarbeiten. Der Sozialausschuss empfahl dem Verwaltungsausschuss die Leitbilder und Leitlinien, die im Rahmen des Projektes „Lemwerder AGIL“ erarbeitet wurden, als verbindlich zu erklären.

einstimmig beschlossen

Abstimmungsergebnis:

Ja:	9
Nein:	
Enthaltung:	

4 Zwischenbericht / KiTa-Belegung - Sachstandsbericht

Frau Zander teilte dem Ausschuss mit, dass hinsichtlich der KiTa zwei weitere Anträge für den Kindergarten Lemwerder vorliegen, so dass alle Plätze dort belegt sind. Es können lediglich noch sieben Plätze in Altesesch und ein Platz in Bardewisch belegt werden. Die Ausschussmitglieder nahmen dieses zur Kenntnis.

zur Kenntnis genommen

Abstimmungsergebnis:

Ja:	
Nein:	
Enthaltung:	

5 Zwischenbericht Asyl - Sachstandsbericht

Verwaltungsmitarbeiter Völke ist für die Asylbewerber in der Gemeinde Lemwerder zuständig und erläuterte dem Ausschuss die Flüchtlingsaufstellung. Es befanden sich insgesamt 44 Flüchtlinge in der Gemeinde Lemwerder und aktuell sind es 22. Die Flüchtlinge stammen aus Somalia, Eritrea, Marokko, Serbien, Irak, Aserbaidschan, Mali, Russische F., Georgien und Syrien. Der größte Anteil der Flüchtlinge kommt aus Somalia. Es sind überwiegend männliche Einzelpersonen, wobei sich eine Familie in Lemwerder befindet. Herr Völke teilte mit, dass die Sprache das größte Problem ist.

Bürgermeisterin Neuke fügte hinzu, dass vor einigen Tagen der Bezirksverband Weser-Ems Nord die Bundes- und Landtagsabgeordneten sowie die Fraktionen des Bundestages und des Nds. Landtages für die äußerst schwierige Lage der Kommunen hinsichtlich der Aufnahme der Flüchtlinge informiert hat und bereits gemeinsame Pressemitteilungen der kommunalen Interesseverbände vorliegen. Das derzeit drängendste Problem stellt die Bereitstellung von Wohnraum dar. In vielen Kommunen ist das Angebot an Wohnraum bereits ausgeschöpft. Trotzdem setzen sich die Städte und Gemeinden weiterhin mit aller Kraft für eine dezentrale Unterbringung der Asylbewerber ein. Die Städte und Gemeinden des Bezirksverbandes Weser-Ems Nord fordern eine Verbesserung der Situation vor Ort und für die betroffenen Menschen durch Umsetzung folgender Maßnahmen:

1. Asylbewerber, die sich nach dem Dubliner Übereinkommen für einen Zeitraum von drei bis maximal sechs Monaten in Deutschland aufhalten und dann angewiesen werden, müssen in den zentralen Aufnahmeeinrichtungen des Landes Niedersachsen aufgenommen werden und dort bis zur Abschiebung verbleiben.
2. Einer erfolgreichen Integration der Menschen steht derzeit die sehr lange Verfahrensdauer der Bearbeitung von Asylanträgen entgegen. Insofern fordern wir dringendst eine Beschleunigung der Verfahren und eine schnelle Entscheidung über Anträge auf Gewährung von Asyl.
3. Die Städte und Gemeinden sind bereit und willens, eine menschenwürdige Integration der Flüchtlinge voranzubringen. Das ist aber nur möglich, wenn Bund, Land und Landkreise die dafür notwendigen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen (mit) schaffen. Dolmetscher, Sprachkurse, sozialpädagogische Behandlungen, Schulbesuch etc., aber unabdingbar für eine gelingende Integration.

Die kompletten Kosten z.B. für die Unterkünfte, Sprachkurse etc. trägt der Landkreis Wesermarsch. Die Verteilungsquote der Asylbewerber staffelt sich nach der Einwohnerzahl der einzelnen Kommunen. Die Ausschussmitglieder nahmen den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

zur Kenntnis genommen

Abstimmungsergebnis:

Ja:	
Nein:	
Enthaltung:	

6 **Mitteilungen der Verwaltung, Anfragen und Anregungen von Ratsfrauen und Ratsherren**

Frau Zander teilte den Mitgliedern des Ausschusses mit, dass es eine Kooperationsvereinbarung der Senioren- und Pflegestützpunkte mit der Gemeinde gibt. Der Sozialausschuss hat in seiner Sitzung am 08.05.2014 empfohlen, ab dem 01.07.2014 monatliche Sprechzeiten des Familien- und Kinderservice- sowie Seniorenbüros, jetzt Senioren- und Pflegestützpunkt, in den Ortsteilen Altenesch und Bardewisch einzurichten. Am 15.05.2014 hat der Verwaltungsausschuss diese Empfehlung beschlossen. Frau Karen Stuke ist seit Jahren mit der Erfüllung der Aufgaben im o.g. Büro betraut. Sie hat sich bereit erklärt, auch die Sprechzeiten in den Außenbereich abzuhalten. Im Juli 2014 wurde eine entsprechende Kooperationsvereinbarung zwischen dem Landkreis Wesermarsch und der Gemeinde Lemwerder abgeschlossen. Frau Stuke wird sich zunächst den Bedarf ermitteln und ein Netzwerk aufbauen. Erste Gespräche hierzu laufen bereits. Bedingt durch die Kündigung einer Mitarbeiterin im Bereich des Senioren + Pflegestützpunktes, würde sie die Sprechstunden gerne erst ab nächstem Jahr anbieten.

Ausschussvorsitzende Hanke teilte mit, dass am 30.11.2014 ein Seniorentag/ gesellige Veranstaltung in der Gemeinde Lemwerder stattfindet. Der Ausschuss nahm dieses zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	
Nein:	
Enthaltung:	

7 **Einwohnerfragestunde**

Es ergab sich eine Wortmeldung.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	
Nein:	

Enthaltung:	
-------------	--

Vorsitzender

Bürgermeister

Protokollführer